

Antrag

der Abgeordneten Markus Frohnmaier, Dietmar Friedhoff, Edgar Naujok, Dr. Malte Kaufmann, Peter Boehringer, Marcus Bühl, Jörn König, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD

Aufstrebenden Wirtschaftsmächten wie China den Status als Entwicklungsland entziehen – Keine Förderung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit und des Außenhandels für Schwellenländer

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:
 1. Die Bundesrepublik Deutschland stellt seit den 1960er Jahren in erheblichem Umfang Haushaltsmittel für die bi- und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit bereit und zählt hierdurch zu den größten Gebern weltweit.
 2. Unter den zahlreichen Kooperationsstaaten finden sich insbesondere Schwellenländer, die einen hinreichenden Entwicklungs- und Modernisierungsgrad erreicht haben, um jede weitere politische, ökonomische, soziale und ökologische Entwicklung ohne fremde Hilfe zu gestalten. Exemplarisch sind hier Indonesien, Pakistan und Südafrika zu nennen.
 3. Es widerspricht dem Grundsatz der „Hilfe zur Selbsthilfe“ in der Entwicklungszusammenarbeit und dem hierdurch zum Ausdruck gebrachten Subsidiaritätsprinzip, wenn die Nehmerseite grundsätzlich die Fähigkeit und Voraussetzungen besitzt, die mit der Gewährung von Entwicklungsleistungen verfolgten Zielsetzungen selbst zu erreichen.
 4. Die wichtigsten Indikatoren für die Fähigkeit der eigenverantwortlichen Entwicklung sind die Wirtschaftskraft und die Wirtschaftswachstumsraten sowie die damit verbundenen Staatseinnahmen. Es liegt in der Verantwortung des jeweiligen Staates, diese sparsam, wirtschaftlich, gemeinwohlorientiert und entwicklungsfördernd einzusetzen.

5. Bei der Beurteilung des Entwicklungsgrades eines Staates muss aber auch politischen und militärischen Faktoren eine Bedeutung beigemessen werden. So sind der Besitz von Kernwaffen, die aktive Mitgliedschaft in einflussreichen multilateralen Zusammenschlüssen wie der G20, aggressive Rohstoffexporte oder die Schaffung eigener entwicklungspolitischer Programme für Entwicklungsländer Indikatoren dafür, dass ein Staat sich eigenverantwortlich entwickeln kann.
6. Die Gewährung von Entwicklungsleistungen darf nicht zur staatlichen Dysfunktionalität durch Indolenz beitragen und darf auch nicht deutschen Interessen widersprechen. Es ist daher sicherzustellen, dass Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, die dazu in der Lage sind, ihre Entwicklung in Eigenverantwortung und mit eigenen Mitteln zu übernehmen, dies tun.
7. Die Entwicklungszusammenarbeit mit den betroffenen Ländern kann mit der Maßgabe weitergeführt werden, dass diese für die angebotenen Entwicklungsleistungen mit eigenen Finanzmitteln aufkommen. Bei Schwellenländern wie Brasilien oder Mexiko geschieht dies beispielsweise durch die Ausschüttung von Leistungen deutscher staatlicher Entwicklungszusammenarbeit in Form von zurückzuzahlenden Krediten.
8. Im Jahr 2020 wurden Waren und Dienstleistungen in einem Umfang von rund einer Billionen Euro nach Deutschland importiert. Hinter den Vereinigten Staaten und China ist Deutschland der drittgrößte Warenimporteur der Welt. Über 141 Mrd. Euro, rund die Hälfte der dem Bund zufließenden Steuern, wurden 2021 vom deutschen Zoll für den Fiskus eingenommen.
9. Trotz Abtretung umfangreicher handelspolitischer Kompetenzen an die Europäische Union gehört die Gestaltung des Außenhandels der Bundesrepublik Deutschland zum Kernbereich deutscher nationaler Interessen. Insbesondere, wenn wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung nicht als bloße Almosenpolitik gegenüber dem Ausland verstanden werden soll, muss die Bundesrepublik Deutschland den Anspruch haben, entwicklungspolitische Schlussfolgerungen über den Entwicklungsgrad bestimmter Staaten auf das Gebiet der Außenwirtschaftspolitik zu übertragen.
10. Die Verordnung (EU) Nr. 978/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 (APS-Verordnung) sieht vor, dass Entwicklungsländer präferenziellen Zugang zum Binnenmarkt der Europäischen Union erhalten. Der Grad der Präferenzen reicht dabei von einer allgemeinen Begünstigung für ungefähr 6.300 Zolltarife bis hin zu kompletter Zollfreiheit für alle Waren mit Ausnahme von Waffen für die am wenigsten entwickelten Staaten der Erde.

11. Von der APS-Verordnung profitieren zurzeit aber auch Schwellenländer, welche von der Europäischen Kommission weiterhin wie Entwicklungsländer behandelt werden. Dies betrifft neben den zuvor schon erwähnten Staaten Indonesien und Pakistan vor allem auch Indien. Alle diese drei Staaten genießen, obgleich sie keineswegs mehr als Entwicklungsländer eingestuft werden sollten, als so genannte OBC-Staaten (other beneficiary countries) die Vorteile der APS-Verordnung. Die Europäische Kommission hat zwar einen Vorschlag für ein reformiertes APS-System für 2024 bis 2034 entworfen, dieser sieht jedoch keine grundlegende Überarbeitung der gewährten Präferenzen gegenüber Schwellenländern vor.
12. Die durch die APS-Verordnung sichergestellte asymmetrische Bevorzugung von Entwicklungsländern ist im Falle dieser Staaten nicht mehr angemessen. Sie muss so schnell wie möglich beendet werden. Ein solches Vorgehen ist dabei nicht ungewöhnlich: Der damalige Präsident der Vereinigten Staaten, ein enger Verbündeter der Bundesrepublik Deutschland, hat im März 2019 seine Regierung angewiesen, Zollvergünstigungen im Rahmen des US-amerikanischen und mit der APS-Verordnung vergleichbaren GSP-Programms (Generalized System of Preferences) gegenüber Indien aufzuheben. Gleichwohl erwägt die aktuell amtierende Biden-Administration die Wiederherstellung der Zollpräferenzen für indische Importe in die USA.
13. Im Hinblick auf die Anrechenbarkeit von öffentlichen Entwicklungsleistungen (ODA) werden neben Indien, Indonesien, Pakistan und Südafrika auch Brasilien, China, Mexiko und die Türkei weiterhin als Entwicklungsländer durch das Development Assistance Committee (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) definiert. Die weitere Klassifizierung dieser Staaten als Entwicklungsländer ist jedoch unangemessen.
14. Die enge Kooperation mit den Schwellenländern, namentlich die Großmächte China und Indien, sowie Brasilien, Indonesien, Mexiko, Peru, Südafrika und Vietnam, als „Globale Partner“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung muss auf die Bereiche wirtschaftliche Zusammenarbeit, Migrationsverhinderung und Ressourcensicherung begrenzt werden. Insbesondere die Förderung klima-, umwelt-, sozial- und ausbildungspolitischer Maßnahmen in diesen Staaten oder mit diesen Staaten in Drittländern stellt keine Aufgabe deutscher Entwicklungshilfepolitik dar.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. die bilaterale staatliche Entwicklungszusammenarbeit mit der Republik Indonesien, der Islamischen Republik Pakistan und der Republik Südafrika nicht weiter fortzusetzen;
 2. der Republik Indien anstelle zinsvergünstigter Darlehen lediglich Finanzierungen zu Marktkonditionen anzubieten;
 3. die Finanzierung laufender Projekte in diesen Staaten umzustellen, so dass diese bis zur vollständigen Durchführung ausschließlich von den jeweiligen Partnerländern oder sonstigen lokalen Trägern finanziert werden;
 4. im Falle der Verweigerung der vollständigen Eigenfinanzierung der laufenden Projekte diese mit sofortiger Wirkung zu beenden, soweit dem keine eingegangenen rechtlichen Verpflichtungen entgegenstehen;
 5. keine weiteren Zuwendungen an private Träger im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit mit der Republik Indonesien, der Islamischen Republik Pakistan und der Republik Südafrika zu bewilligen;
 6. die Zusammenarbeit mit den sogenannten „Globalen Partnern“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, namentlich die Schwellenländer China, Brasilien, Indien, Indonesien, Mexiko, Peru, Südafrika und Vietnam, auf wirtschaftliche Zusammenarbeit ohne Subventionierung und auf Dreieckskooperationen in Drittländern orientiert an strategischen deutschen Interessen wie der Ressourcensicherung und der Migrationsbegrenzung zu konzentrieren;
 7. im Rahmen der Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Union darauf hinzuwirken, dass der Republik Indien, der Republik Indonesien und der Islamischen Republik Pakistan die durch die Verordnung (EU) Nr. 978/2012 gewährten Zollpräferenzen entzogen werden;
 8. im Rahmen der Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im Development Assistance Committee (DAC) darauf hinzuwirken, dass der Föderativen Republik Brasilien, der Volksrepublik China, der Republik Indien, der Republik Indonesien, den Vereinigten Mexikanischen Staaten, der Islamischen Republik Pakistan, der Republik Türkei und der Republik Südafrika der Status eines Entwicklungslandes bei der nächsten Evaluierung der DAC-Liste der Entwicklungsländer 2023 aberkannt wird;
 9. einen Kriterienkatalog in Anlehnung an die Feststellungen zu I. zu erarbeiten, anhand dessen in Zukunft nachvollziehbar entschieden werden kann, ob ein Staat potenziell in der Lage ist, die Zielsetzungen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland aus eigener Kraft zu erreichen;

10. diesen Kriterienkatalog in die Leitlinien für die bilaterale Finanzielle und Technische Zusammenarbeit als Ausschlusskriterium der Zusammenarbeit aufzunehmen.

Berlin, den 29. November 2022

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

A. Generelles

I. Status „Entwicklungsland“

Der Status „Entwicklungsland“ ist nicht allgemeinverbindlich definiert. Verschiedene Institutionen haben unterschiedliche Begriffe davon, was ein Entwicklungsland ist, und je nach dem, um welche Institution es sich handelt, resultieren hieraus mehr oder weniger starke wirtschaftliche und politische Konsequenzen. Im Sinne einer Ausgestaltung deutscher Entwicklungspolitik auf Grundlage eigener nationaler Interessen ist der Bundestag jedoch gehalten, eine umfassende *politische* Beurteilung bei der Frage abzugeben, welche Staaten als Entwicklungsländer anzusehen sind und welche nicht. Abgeleitet von dieser Beurteilung lassen sich entsprechende Handlungsmaximen für die verschiedenen politischen Institutionen und Ebenen ableiten, die jeweils für sich entscheiden, welche Staaten Entwicklungsländer sind und welche nicht.

Wegen der mangelnden Systematik von deutscher Seite ist es dringend erforderlich, dass der im Antrag geforderte Kriterienkatalog ausgearbeitet wird, um in Zukunft einen verantwortungsvolleren Umgang mit deutschen Steuergeldern zu gewährleisten. Die Aberkennung des Status als Entwicklungsland ist im Hinblick auf die deutsche Entwicklungspolitik mit der Einstellung der Ausschüttung deutscher staatlicher Mittel der Entwicklungszusammenarbeit ohne Rückzahlungspflicht gleichzusetzen.

Nach Ansicht der Antragsteller ist auch die Entwicklungspolitik als ein Teil der auswärtigen Angelegenheiten deutschen Interessen verpflichtet. Es liegt nicht im deutschen Interesse, potenzielle Wettbewerber mit deutschen Steuergeldern zum eigenen Nachteil zu subventionieren. Den eigenen Wohlstand zu erhalten und zu sichern sowie die hierfür notwendigen Voraussetzungen zu schaffen muss primäres Interesse sein.

II. Entwicklungsländer aus Sicht der EU-Außenhandelspolitik

Entwicklungsländer im Rahmen des Handels mit den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sind alle förderfähigen Länder, die in Anhang I der APS-Verordnung aufgeführt sind. Dabei wird der Status im Rahmen der APS-Verordnung nicht nur regelmäßig überprüft, sondern Artikel 3 Absatz 2 der APS-Verordnung ermächtigt die Europäische Kommission ebenfalls per delegiertem Rechtsakt, die Liste abzuändern.

Staaten, die im Rahmen der APS-Verordnung förderungsfähig sind, können in einem weiteren Schritt als LDC-Staat (*least developed countries*) oder als OBC-Staat (*other beneficiary countries* wie derzeit beispielsweise Pakistan, Indien und Indonesien) klassifiziert werden.

Während es sich bei den LDC-Staaten offensichtlich um Entwicklungsländer handelt, und diese deshalb in den Genuss der Zollfreiheit für alle Waren, mit Ausnahme von Waffen, kommen, ist bei OBC-Staaten, denen man einen höheren Entwicklungsgrad attestiert, eine höhere Wachsamkeit geboten, da eben auch aufstrebende Wirtschaftsmächte von der allgemeinen Regelung der APS-Verordnung profitieren.¹ Unter den rund 6.300 im Rahmen der allgemeinen Regelung ermäßigten Zolltarifen werden im Anhang V der Verordnung beispielsweise auch Maschengüter wie Kleidung, Lebensmittel und Automobile aufgeführt. Eine Aberkennung des Status als Entwicklungsland im Rahmen der APS-Verordnung hätte somit den Effekt, dass asymmetrische Handelspräferenzen an die Ex-Entwicklungsländer nicht mehr gewährt werden würden.

III. Entwicklungsländer aus Sicht der OECD

Das DAC der OECD legt alle drei Jahre fest, welche Staaten als Entwicklungsländer einzustufen sind. Hierdurch eröffnet sich überhaupt erst die Möglichkeit, Entwicklungsleistungen formal als ODA zu deklarieren. Da das DAC selbst keine Entwicklungszusammenarbeit betreibt, sondern nur dabei hilft, die Entwicklungszusammenarbeit der OECD-Mitgliedsstaaten zu koordinieren und Statistiken zu erheben, hätte eine Aberkennung im Rahmen der OECD somit vorwiegend symbolischen Charakter – zeitigt aber im Hinblick darauf, dass hierdurch die ODA-Anrechenbarkeit wegfällt, auch indirekte entwicklungspolitische Konsequenzen. So würde zum Beispiel ein weiteres Verfolgen des 0,7-Prozent-Ziels der Generalversammlung der Vereinten Nationen von 1970 erfordern, dass der Wegfall der Anrechenbarkeit von ODA-Leistungen an die in dieser Begründung aufgelisteten Staaten mit ODA-Leistungen an bedürftigere Staaten kompensiert werden müsste, wenn das bisherige ODA-Niveau Deutschlands gehalten werden soll. Ein weiterer indirekter Effekt wäre, dass hierdurch der Anreiz für andere Staaten, Entwicklungsleistungen an die Ex-Entwicklungsländer zu tätigen, geschmälert werden würde.

B. Argumente für die Aberkennung des Status als Entwicklungsländer im Einzelnen

I. Föderative Republik Brasilien

Gemessen an der Kaufkraft verfügte Brasilien 2020 über die zwölftgrößte Volkswirtschaft der Welt, gehört zur Gruppe der BRICS-Staaten und erhielt 2019 rund 113 Mio. Euro an deutschen bilateralen Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit.² Nach Angaben des BMZ handelt es sich hierbei „angesichts der eigenen Leistungsfähigkeit Brasiliens“ vor allem um zinsverbilligte Kredite. Eine Klassifikation als Entwicklungsland im Rahmen der OECD ist deshalb nicht mehr angezeigt.

Im November 2021 wurden Brasilien von der Bundesrepublik Deutschland trotzdem Mittel in Höhe von bis zu 283,77 Millionen Euro neu zugesagt.³

II. Volksrepublik China

Die Bundesregierung geht seit 2009 keine klassischen Entwicklungshilfepflichtungen gegenüber China ein. Jedoch arbeitet die Bundesregierung mit China als „Globalem Partner“ der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zusammen, um sowohl in China selbst als auch gemeinsam mit China in Drittstaaten Entwicklungsprojekte vor allem in den Bereichen Umwelt, Armut, Klima und Regierungsführung durchzuführen.⁴

¹ Aktuelle OBC-Länderliste vgl. hier: https://wup.zoll.de/wup_online/laenderinformationen.php?radio_suche=iso&landinfo=OBC&laenderinformation=suchen&isoalpha_alt=&position=, abgerufen am 28.05.2022.

² Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bilaterale ODA 2019 nach Ländern, https://www.bmz.de/resource/blob/29002/eddae939f3b5e5f67b6e463c571cde71/3_D3_bilat_ODA_2019_L%C3%83%C2%A4nder_Ranglisten_2021_Sortierung%20Spalte%201.pdf, abgerufen am 18.05.2022.

³ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Entwicklungspolitische Zahlen und Fakten aus Brasilien, http://www.bmz.de/de/laender_regionen/lateinamerika/brasilien/index.jsp#section-29757674, abgerufen am 12.05.2022.

⁴ Vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Zukunft gemeinsam gestalten –

Als Nuklearmacht, BRICS-Staat und Ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit einer schnell und stark wachsenden Volkswirtschaft dürfte China das Paradebeispiel für eine mächtige, aufstrebende Wirtschaftsmacht zu sein. Es ist nicht vermittelbar, dass die VR China im Rahmen der OECD noch immer als Entwicklungsland klassifiziert wird und in China Entwicklungshilfeprojekte durchgeführt werden. Im Interesse Deutschlands ist die wirtschaftlich ausgerichtete Kooperation mit China auf Augenhöhe.

III. Republik Indien

Ähnlich wie die Volksrepublik China ist die Republik Indien mit einer Bevölkerung von über 1,3 Milliarden zu einem wichtigen weltpolitischen Akteur avanciert, der die globale Machtkonstellation nachhaltig zu seinen Gunsten verschiebt und einen entsprechenden internationalen Status als Wirtschafts- und Militärmacht für sich einfordert. Allein beim derzeitigen Krieg zwischen Russland und der Ukraine spielt Indien als Wirtschaftsmacht, das rege Beziehungen zu Russland pflegt, eine große Rolle.

Indien gehört sowohl der Gruppe der BRICS-Staaten als auch der G20 an. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt ist Indien inzwischen die sechstgrößte Volkswirtschaft der Welt⁵ und befindet sich auf dem besten Weg hin zum „Next China“.

Indiens Selbstverständnis im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit hat sich in den früher 2000er Jahren vom Empfänger zum Geber von Leistungen gewandelt. So verfolgt die Republik Indien mittlerweile eine ambitionierte, an eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen ausgerichtete Entwicklungspolitik mit geografischem Schwerpunkt in Südasien und Afrika.⁶

Entsprechend haben sich die entwicklungspolitischen Ausgaben Indiens sukzessive gesteigert. Während Indien 2009/2010 noch rund 442 Mio. US-Dollar in die Entwicklungszusammenarbeit investierte, waren es 2013/2014 bereits 1,23 Mrd. US-Dollar, was einer durchschnittlichen jährlichen Steigerungsrate von 32 Prozent entspricht.⁷ Deutschland hat Indien 2019 1,6 Milliarden an deutschen staatlichen Mitteln im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit hauptsächlich in Form von Krediten an Indien zugesagt.⁸ Bundeskanzler Scholz kündigte an, Indien mit zehn Milliarden Euro bis 2030 im Bereich Klimapolitik zu unterstützen.⁹

Indien ist ein wichtiger Handelspartner der Bundesrepublik: Im Jahr 2021 exportierte Indien Waren im Wert von über 12 Mrd. US-Dollar nach Deutschland, Indien importierte wiederum Waren im Wert von über 14 Mrd. US-Dollar aus Deutschland.¹⁰ Im Rahmen der APS-Verordnung wird Indien dabei weiterhin als OBC-Land begünstigt. Die Vereinigten Staaten haben am 4. März 2019 angekündigt, dass sie die präferenzielle Behandlung Indiens als Entwicklungsland im Rahmen des mit der APS-Verordnung vergleichbaren GSP beenden werden.¹¹

strategische Zusammenarbeit

mit Globalen Partnern https://www.bmz.de/resource/blob/86794/21419db54e37cbf4c8a54c842c306bc1/BMZ_Positionspapier_Globale_Partner, abgerufen am 28.05.2022.

⁵ *Weltbank*, Gross Domestic Product 2020, <https://databank.worldbank.org/data/download/GDP.pdf>, abgerufen am 12.05.2022.

⁶ *Asmus, Gerda u.a.*, BRICS and Foreign Aid, S. 13 ff., <https://www.aiddata.org/publications/brics-and-foreign-aid>, abgerufen am 18.05.2022.

⁷ *Piccio, Lorenzo*, India's foreign aid program catches up with its global ambitions, <https://www.devex.com/news/india-s-foreign-aid-program-catches-up-with-its-global-ambitions-80919>, abgerufen am 28.05.2022.

⁸ *Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*, Entwicklungspolitische Zahlen und Fakten aus Indien, http://www.bmz.de/de/laender_regionen/asien/indien/index.jsp#section-31338311, abgerufen am 12.05.2022.

⁹ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Deutschland und Indien einig in Klimafragen, zögernd in der Bewertung des Krieges <https://www.faz.net/aktuell/politik/scholz-nennt-indien-zentralen-partner-in-asien-18000196.html>, abgerufen am 12.05.2022.

¹⁰ *Germany Trade & Invest*, Deutsch-indischer Handel hat sich kräftig erholt, <https://www.gtai.de/de/trade/indien/wirtschaftsumfeld/deutsch-indischer-handel-hat-sich-kräftig-erholt-804584>, abgerufen am 28.05.2022.

¹¹ *Office of the United States Trade Representative*, United States Will Terminate GSP Designation of India and Turkey, <https://ustr.gov/about-us/policy-offices/press-office/press-releases/2019/march/united-states-will-terminate-gsp>, abgerufen am 13. März 2019.

Gleichwohl erwägt die aktuell amtierende US-amerikanische Administration, die Zollpräferenzen für indische Importe in die USA wiederherzustellen.¹²

Bereits seit 1974 verfügt Indien über Kernwaffen. Indien unterhält auch nach Mannstärke die zweitgrößte Armee der Welt und verfügt mit 63,9 Mrd. US-Dollar über das weltweit fünfthöchste Militärbudget.¹³

Indiens soziale Entwicklung vollzieht sich ähnlich rasant: Zwischen 2005/2006 und 2015/2016 hat sich die Armutsrate in Indien halbiert.¹⁴ Die Kindersterblichkeit pro 1.000 Lebendgeburten ist von 161,4 (1960) auf 27 (2020) gefallen.¹⁵

Im Falle der Republik Indien zeichnet sich eine Entwicklung zu einem ehrgeizigen wirtschaftlichen und geopolitischen Wettbewerber ab, der sich selbstbewusst Märkte, Ressourcenzugang und Einflusszonen sichert. Die Republik Indien ist in vollem Umfange fähig, alle entwicklungspolitischen Zielsetzungen selbstständig und eigenverantwortlich zu erreichen. Vor diesem Hintergrund kann Indien nicht wie ein Entwicklungsland behandelt werden.

IV. Republik Indonesien

Eine weitere aufstrebende Wirtschaftsmacht in der Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) ist die Republik Indonesien. Das Bruttoinlandsprodukt betrug 2020 über 1,2 Billion US-Dollar.¹⁶ Damit ist Indonesien eine der größten Volkswirtschaften der Welt und weist beeindruckende Wirtschaftswachstumsraten auf; im Jahr 2019 wuchs die indonesische Wirtschaft um 5 Prozent.¹⁷

Die Republik Indonesien ist wirtschaftlich und politisch betrachtet der führende Mitgliedstaat der Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN),¹⁸ einem Zusammenschluss südostasiatischer Länder mit dem Ziel, eine Wirtschaftsgemeinschaft nach europäischem Vorbild zu schaffen. Die Festigung und Ausweitung dieses Zusammenschlusses ist einer der Schwerpunkte der indonesischen Außenpolitik, insbesondere werden enge Handelsbeziehungen mit der Volksrepublik China unterhalten („ASEAN plus drei“).¹⁹

Es konnten aber auch bemerkenswerte soziale Fortschritte in Indonesien erzielt werden: So ist die Kindersterblichkeitsrate pro 1.000 Lebendgeburten von 112,7 im Jahr 1970 auf 20 im Jahr 2020 gefallen,²⁰ die Armutsrate (absolute Armut unter 1,90 US-Dollar pro Tag) konnte von ca. 35 Prozent im Jahr 2000 auf unter 2,2 Prozent im Jahr 2021 gesenkt werden.²¹

Betrachtet man des Weiteren das Verhalten der Republik Indonesien als Nehmerland von Entwicklungsleistungen, so sind in den letzten Jahren gravierende Veränderungen der Zielrichtung der Entwicklungsleistungen und der nationalen Entwicklungsstrategie eingetreten.

¹² *NEWS 18*, Biden Admin to Consider Restoring GSP Status Revoked by Trump, <https://www.news18.com/news/business/good-news-for-india-us-trade-ties-biden-admin-to-consider-restoring-gsp-status-revoked-by-trump-in-2019-4478264.html>, abgerufen am 28.05.2022.

¹³ ZDF, *Die Welt rüstet weiter auf*, <https://www.zdf.de/nachrichten/heute/sipri-bericht-weltweite-ruestungsausgaben-steigen-auf-hoehstwert-seit-kaltem-krieg-100.html>, abgerufen am 13. März 2019.

¹⁴ *NDTV*, Over 10 Years, Poverty Rate In India Reduced To Half, <https://www.ndtv.com/india-news/over-10-years-poverty-rate-in-india-reduced-to-half-un-report-1919756>, abgerufen am 13. März 2019.

¹⁵ *Weltbank*, Mortality Rate India, infant (per 1,000 live births), <https://data.worldbank.org/indicator/SP.DYN.IMRT.IN?locations=IN>, abgerufen am 28.05.2022.

¹⁶ *Weltbank*, Indonesia: Gross domestic product (GDP) per capita in current prices from 2012 to 2022 (in U.S. dollars), <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.PCAP.PP.CD?locations=ID>, abgerufen am 28.05.2022.

¹⁷ *Weltbank*, GDP growth (annual %) – Indonesia, <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.KD.ZG?locations=ID>, abgerufen am 28.05.2022.

¹⁸ *Essays, UK. (November 2018)*, How Indonesia Plays An Important Role In Asean Politics Essay, <https://www.ukessays.com/essays/politics/how-indonesia-plays-an-important-role-in-asean-politics-essay.php>, abgerufen am 28.05.2022.

¹⁹ *Auswärtiges Amt*, Länderinformation Republik Indonesien, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/indonesien-node/-/212436>, abgerufen am 28.05.2022.

²⁰ *Weltbank*, Mortality Rate Indonesia, infant (per 1,000 live births), <https://data.worldbank.org/indicator/SP.DYN.IMRT.IN?locations=ID>, abgerufen am 29.05.2022.

²¹ *Weltbank*, Poverty headcount ratio, <https://data.worldbank.org/topic/poverty?locations=ID>, abgerufen am 29.05.2022.

Anstatt Unterstützung im Bereich der sogenannten „Guten Regierungsführung“ oder Armutsbekämpfung anzufordern, konzentriert sich die indonesische Regierung primär auf die Entwicklung von Wirtschaft und Infrastruktur.²² Hierbei erhält sie hauptsächlich Unterstützung von der Volksrepublik China in Form von großen Infrastrukturprojekten, wie durch den Bau der Eisenbahnlinie von Jakarta nach Bandung²³ oder den Bau von Kohlekraftwerken²⁴.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit der Republik Indonesien hingegen konzentriert sich vornehmlich auf die Bereiche Umwelt und Energie.²⁵

Angesichts der chinesisch-indonesischen Kooperation im Energiesektor, insbesondere dem Bau von mehreren Kohlekraftwerken, ist der tatsächliche Nutzen und der Einfluss der aktuellen Schwerpunktsetzung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit Indonesien fraglich.

Nach Ansicht der Antragsteller ist die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit mit der Republik Indonesien einzustellen, was im Übrigen auch mit der eigenen Wahrnehmung der indonesischen Regierung übereinstimmt. Bereits 2015 verkündete ein Sprecher des indonesischen Außenministeriums im Zusammenhang mit einer geplanten Kürzung der Entwicklungszusammenarbeit durch Australien, dass die Republik Indonesien nun ein Land sei, dass keine weitere Entwicklungshilfe mehr benötige.²⁶

Von diesem Selbstverständnis ausgehend erscheint es gerade im Hinblick auf die rasant wachsende Wirtschaft und die steigenden Exporte in die Europäische Union angemessen, auch die einseitige Präferenzgewährung durch die Europäische Union im Rahmen der APS-Verordnung²⁷ aufzuheben.

Die deutsche Bundesregierung hat Indonesien 2021 trotzdem Entwicklungshilfeleistungen in Höhe von 65 Millionen Euro neu zugesagt.²⁸

V. Vereinigte Mexikanische Staaten

Auch Mexiko sollte aufgrund seiner Gesamtentwicklung nicht mehr als Entwicklungsland betrachtet werden. Mexiko ist G20-Mitglied mit einem BIP pro Kopf (KKP) von gut 10.000 US-Dollar im Jahr 2021²⁹ sowie Vertragspartei im Nordamerikanischen Freihandelsabkommen. 2021 sagte die deutsche Bundesregierung Mexiko trotzdem Entwicklungshilfeleistungen in Höhe von 68,5 Millionen Euro zu.³⁰

²² *Indonesia Investments*, National Long-Term Development Plan RPJPN 2005-2025, <https://www.indonesia-investments.com/projects/government-development-plans/national-long-term-development-plan-rpjpn-2005-2025/item308>, abgerufen am 29.05.2022.

²³ *railway-technology.com*, Jakarta to Bandung High-Speed Rail, <https://www.railway-technology.com/projects/jakarta-to-bandung-high-speed/>, abgerufen am 29.05.2022.

²⁴ Carbon Tracker Studie: Fünf asiatische Länder stehen für 80 Prozent neuer Kohlekraftwerke, <https://www.cleantalking.de/carbon-tracker-studie-fuenf-asiatische-laender-stehen-fuer-80-prozent-neuer-kohlekraftwerke/>, abgerufen am 29.05.2022.

²⁵ *Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*, Politisches Schwergewicht in Südostasien, <https://www.bmz.de/de/laender/indonesien>, abgerufen am 29.05.2022.

²⁶ *Chung, Frank*, Indonesia unconcerned about foreign aid cuts, <https://www.news.com.au/finance/economy/federal-budget/indonesia-unconcerned-about-foreign-aid-cuts/news-story/09d2eee8bd4c4896cdb1f087d6c9422f>; *Van der Eng, Pierre*, Why does Indonesia prefer foreign aid from China?, <https://www.eastasiaforum.org/2017/12/02/why-does-indonesia-seem-to-prefer-foreign-aid-from-china/>, alle abgerufen am 29.05.2022.

²⁷ *Generalzolldirektion*, Warenursprung und Präferenzen, https://wup.zoll.de/wup_online/laenderinformationen.php?land-info=ID&stichtag=29.05.2022&gruppen_id=46&land_id=359&rgl_id=174&position=, abgerufen am 29.05.2022.

²⁸ *Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*, Politisches Schwergewicht in Südostasien, <https://www.bmz.de/de/laender/indonesien>, abgerufen am 12.05.2022.

²⁹ *Statista*, Mexiko, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/14442/umfrage/bruttoinlandsprodukt-pro-kopf-in-mexiko/>, abgerufen am 29.05.2022.

³⁰ *Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*, Brückenland mit großen Gegensätzen, <https://www.bmz.de/de/laender/mexiko>, abgerufen am 12.05.2022.

VI. Islamische Republik Pakistan

Die Islamische Republik Pakistan weist ein seit Jahren stabiles Wirtschaftswachstum auf. 2018 wuchs die pakistanische Wirtschaft um 5,8 Prozent³¹ und das Land erwirtschaftete ein BIP (KKP) von über einer Billion US-Dollar. Zwischen 1960 und 2020 fiel die Säuglingssterblichkeit pro 1.000 Lebendgeburten von 144,1 auf 54.³² Die Armutsquote halbierte sich seit 2002.³³

Pakistan ist bereits seit 1961 Empfänger deutscher staatlicher Entwicklungsleistungen. Schwerpunkte der Entwicklungszusammenarbeit sind die Bereiche „Gute Regierungsführung“, Klima und Energie sowie „Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung“.³⁴

Pakistans Militärausgaben wiederum beliefen sich 2018 auf 3,5 Prozent des BIP. Pakistan verfügt über die weltweit sechstgrößte Armee basierend auf dem aktiven Militärpersonal (2022).³⁵ Weiter umfasst Pakistans Nukleararsenal schätzungsweise 100 bis 120 Nuklearwaffen.³⁶

Immer wieder werden Vorwürfe gegenüber dem pakistanischen Militär und dem pakistanischen Geheimdienst laut, sie würden mit islamistischen Terroristen kooperieren und ihnen Rückzugsgebiete im pakistanischen Hinterland überlassen.³⁷ Auch vor diesem Hintergrund ist es geboten, die weitere bilaterale Entwicklungszusammenarbeit mit Pakistan einzustellen.

Aufgrund ihrer stabilen wirtschaftlichen Entwicklung, den Fortschritten in der Armutsbekämpfung und der steigenden Investitionstätigkeit in Pakistan kann die Islamische Republik Pakistan nicht weiterhin als Entwicklungsland behandelt werden. Deshalb sollte auch die Präferenzgewährung durch die Europäische Union im Rahmen der APS-Verordnung vor diesem Hintergrund aufgehoben werden.

Für die Jahre 2020 und 2021 wurden Pakistan von der deutschen Bundesregierung trotzdem Entwicklungshilfemittel in Höhe von 174,25 Millionen Euro zugesagt.³⁸

VII. Republik Türkei

Seit 1951 der NATO angehörend, verfügt die Türkei über ein Militär mit rund 355.000 aktiven Soldaten und hat die Kapazität, als militärische Interventionsmacht, beispielsweise in Syrien,³⁹ aufzutreten. Dennoch wird die Türkei vom DAC der OECD noch immer als Entwicklungsland geführt.

Neben der sachlichen Unhaltbarkeit des Status der Türkei als Entwicklungsland ist ein Engagement im Rahmen der OECD gegen die Türkei ebenfalls vonnöten, weil die türkische Regierung unter Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan feindselig gegenüber der Bundesrepublik Deutschland auftritt.

³¹ *Weltbank*, GDP growth (annual %), <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.KD.ZG?locations=PK>, abgerufen am 29.05.2022.

³² *Weltbank*, Mortality rate, infant (per 1,000 live births), <https://data.worldbank.org/indicator/SP.DYN.IMRT.IN?end=2014&locations=PK&start=1970>, abgerufen am 29.05.2022.

³³ *Stocker, Frank*, Die am meisten unterschätzte Ökonomie der Welt, <https://www.welt.de/finanzen/article161994682/Die-am-meisten-unterschaeztzte-Oekonomie-der-Welt.html>, abgerufen am 29.05.2022.

³⁴ *Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*, Pakistan, <https://www.bmz.de/de/laender/pakistan>, abgerufen am 29.05.2022.

³⁵ *Statista*, The largest armies in the world based on active military personnel in 2022, <https://www.statista.com/statistics/264443/the-worlds-largest-armies-based-on-active-force-level/>, abgerufen am 29.05.2022.

³⁶ *Stockholm International Peace Research Institute*, Pakistan, <https://www.sipri.org/research/armaments-and-disarmament/nuclear-weapons/world-nuclear-forces/pakistan>, abgerufen am 29.05.2022.

³⁷ *Kolonko, Gilbert*, Pakistan: Fanatiker halten ein Land in Geiselhaft, <https://www.heise.de/tp/features/Pakistan-Fanatiker-halten-ein-Land-in-Geiselhaft-4210452.html>, abgerufen am 29.05.2022.

³⁸ *Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*, Einflussreiches Partnerland in Südasien, <https://www.bmz.de/de/laender/pakistan>, abgerufen am 12.05.2022.

³⁹ *SPIEGEL Online*, Türkei startet Militäroffensive in Nordsyrien, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/islamischer-staat-tuerkei-beginnt-mit-militaeroperation-in-nordsyrien-a-1109170.html>, abgerufen am 29.05.2022.

Umfangreiche Aktivitäten des türkischen Geheimdienstes MIT,⁴⁰ die Festnahme deutscher Journalisten sowie die Einflussnahme auf innere Angelegenheiten Deutschlands über Organisationen wie die DITIB oder die UETD hätten die Bundesregierung schon längst veranlassen müssen, einen deutlich robusteren Umgang mit der türkischen Regierung zu pflegen.

VIII. Republik Südafrika

Die Republik Südafrika ist gemessen an der Bevölkerung und der Wirtschaftsleistung das kleinste Mitglied der so genannten BRICS-Staaten, jedoch verfügt sie trotzdem über eine beträchtliche Wirtschaftskraft: Im Jahr 2021 konnte ein BIP von rund 418 Mrd. US-Dollar erreicht werden. Im Jahr 2002 betrug dieses noch circa 129 Mrd. US-Dollar;⁴¹ der enorme Zuwachs an Wirtschaftskraft führte auch dazu, dass die Republik Südafrika mittlerweile G20-Mitglied ist und damit zu den wichtigsten und größten Volkswirtschaften der Welt zählt. Mit der ökonomischen Entwicklung verbesserten sich auch die Lebensumstände in Südafrika.

Zudem ist Südafrika führendes Mitglied der SADC-Staaten (Southern African Development Community), einem Zusammenschluss von Staaten des südlichen Afrika mit dem Ziel, die wirtschaftliche und sicherheitspolitische Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten auszubauen.⁴²

Die Republik Südafrika verfolgt darüber hinaus auch eigene entwicklungspolitische Programme; so wird geschätzt, dass Südafrika ca. 1,6 bis 6 Mrd. US-Dollar für die eigene Entwicklungspolitik aufwendet. Diese Mittel werden hauptsächlich im südlichen Afrika eingesetzt, um geopolitische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen zu verfolgen.⁴³

Südafrika ist ein so genannter „globaler Entwicklungspartner“ Deutschlands. Für 2021 hat die Bundesregierung Zusagen in Höhe von 91 Millionen Euro getätigt. Schwerpunkte der deutschen Zusammenarbeit mit Südafrika bilden die Bereiche Energie und Klima, vor allem die Förderung der Wasserstoffproduktion.⁴⁴

Nach dem Ausgeführten ist also festzustellen, dass die Republik Südafrika ihre Politik – damit auch ihre eigene Entwicklungspolitik – streng nach nationalen Interessen ausrichtet.

Die mit immensen Summen geförderten Projekte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit im Bereich Energie sind deshalb nach Ansicht der Antragsteller in ihrer Wirkung äußerst fragwürdig. Kohle ist in Südafrika der wichtigste und günstigste Energieträger.⁴⁵

Es bleibt festzuhalten, dass Südafrika eine politische und wirtschaftliche Führungsrolle im südlichen Afrika, aber auch auf dem gesamten afrikanischen Kontinent einnimmt. Weiter verfügt es über reiche Rohstoffvorkommen und eine starke, wachsende Wirtschaft. Die Republik Südafrika ist also in der Lage, die weitere Entwicklung eigenverantwortlich zu übernehmen. Südafrika ist daher nicht mehr als Entwicklungsland einzustufen.

⁴⁰ *Deutschlandfunk*, „Sammelwut eines aus dem Ruder gelaufenen Nachrichtendienstes“, https://www.deutschlandfunk.de/tuerkischer-geheimdienst-in-deutschland-sammelwut-eines-aus.694.de.html?dram:article_id=363800#_blank, abgerufen am 29.05.2022.

⁴¹ *Statista*, Südafrika, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/254713/umfrage/bruttoinlandsprodukt-bip-in-suedafrika/>, abgerufen am 29.05.2022.

⁴² Deutsche Botschaft Gaborone, Entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit SADC, <https://gaborone.diplo.de/bw-de/themen/entwicklung/sadc/1507022>, abgerufen am 29.05.2022.

⁴³ *Asmus, Gerda u.a.*, BRICS and Foreign Aid, S. 23 ff., http://docs.aiddata.org/ad4/pdfs/wps43_brics_and_foreign_aid.pdf, abgerufen am 29.05.2022.

⁴⁴ *Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*, Südafrika, <https://www.bmz.de/de/laender/suedafrika>, abgerufen am 29.05.2022.

⁴⁵ *U.S. Energy Information Administration*, South Africa, <https://www.eia.gov/beta/international/analysis.php?iso=ZAF>, abgerufen am 29.05.2022.